

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends, Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr, Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug ist zulässig.

Nr. 25 • 36. Jahrgang

Berlin, den 21. Juni 1930

Durch die Betriebe weht ein unfreier Wind!

Die Kollegenschaft denke an die ersten Nachkriegsjahre zurück, sie erinnere sich, mit welcher Geschlossenheit und mit welchem Selbstbewußtsein sie damals den Betriebsleitungen gegenübergetreten ist, welche eine freisprechende Luft durch die Betriebe wehte, und wie vorsichtig und rücksichtsvoll sich die Betriebsleitungen gegenüber den Belegschaften verhalten haben. Wie oft sprechen wir hoch davon, wie oft ziehen wir in unseren Gesprächen Vergleiche zwischen damals und heute. Heute gibt es kaum noch Belegschaften, die jede unbedingte Maßregelung, jedes rüde Wort der Antreiber, jede Drohung oder Sanktion mit einem eisernen Entzweiern — Ober beantworteten. Damals gab es nicht viele Belegschaften, die mit sich spielen ließen. Damals haben wir in den Betrieben zusammengestanden, während unsere Vertreter mit den Betriebsleitungen verhandelten. Wir warteten auf ihre Rückkehr und waren bereit, das Letzte zu wagen. Durch unsere Einigkeit und durch unsere Willensfestigkeit haben wir unwürdige Vorgehensweisen zum Teufel gejagt oder zur Abbitte gezwungen, wir haben Kollegen, die sich furchtlos für uns eingesetzt hatten, wieder in die Betriebe geholt, wenn auch formales Recht ihre Entlassung begründete, die Antreiber haben wir in ihre Schranken gewiesen, auf Versuche zum Abbau von Leistungszulagen haben wir heftige Zurückweisungen erzwungen und jeden nur irgendwie arteten Druck haben wir mit dreifachem Gegenruck beantwortet.

Wenige Jahre sind seitdem vergangen, und heute herrscht in den Betrieben wieder der Untertanengeist und vielfach — Untertanengeist.

Die Antreiberei feiert Orgien, der Ton der Vorgehensweise gegenüber der Kollegenschaft ist abgestimmt auf das Verhältnis zwischen Herr und Knecht. Mit der drohend geschwungenen Peitsche Arbeitslosigkeit jagen die Untertanengeister durch die Betriebe und bannen jeden Widerspruch, jede Aufsehnung gegen offenkundiges Unrecht. Zwar sind sie vorsichtig, die Herren, mit Eifer sehen sie darauf, daß sie nicht mit den verhassten Organisations- in Konflikt kommen. Formales Recht wird nur selten verletzt. Um so mehr das natürliche, sinn-gemäße Recht. Wegen seiner aufrechten Gesinnung oder wegen seiner kritischen Haltung gegenüber den herrschenden Gepflogenheiten ist noch niemand entlassen worden. Das könnte gefährlich und kostspielig werden. Viel harmloser ist es ja, Arbeitsmangel herbeizubringen, dem Opfer womöglich noch mit innerlichem Grinsen zu bescheinigen, daß seine beruflichen Fähigkeiten einfach bewundernswert sind, und vierzehn Tage später eine durch lange Arbeitslosigkeit charakterlich zermürbte Garnitur einzustellen.

Geben wir uns keiner Illusion hin: diese Methoden haben bereits in sehr großem Umfang demoralisierend gewirkt. In allererster Linie unter den Unorganisierten, die völlig schutzlos jeder Willkür preisgegeben sind. Aber auch unter organisierten Kolleginnen und Kollegen. Dem aufrechten Kollegen blutet das Herz, wenn er wahrnimmt, was alles sich seine Mitarbeiter gefallen lassen. Die unglücklichsten Schicksale werden ohne Widerspruch hingenommen, weil die Furcht vor schweren Nachteilen den Willen zum Protest gebrochen hat. Wir befürworten ganz bestimmt kein Querulanten-tum, aber unser menschliches und gewerkschaftliches Ideal ist der Kollege, der nicht eher ruht, als bis er ihm ein geschicktes Unrecht wieder gutgemacht ist. Solche Kollegen sind selten geworden. Viele zerfressen sich in innerlicher Wut, aber sie schweigen, um Arbeit und Brot zu behalten. Drei Millionen Arbeitslose sprechen; der Begriff Dauerstellung ist im Kurs gesunken, man fühlt sich der Willkür der Vorgesetzten ausgeliefert und sucht ihren Anmut durch tadelloses Wohlverhalten zu vermeiden. Manche bringen es sogar

fertig, auf einwandfreie tarifliche Rechte zu verzichten. Beispielsweise schreibt der Vorsitzende einer Zahlstelle kürzlich an die Hilfsarbeiter einer Zeitungsdruckerei, von denen ihm durch Dritte mitgeteilt wurde, daß sie untertariflich entlohnt werden. Er erhielt überhaupt keine Antwort darauf, weil von fünf jungen Männern nicht einer den Mut hatte, seinen Namen für ein Vorgehen gegen den betreffenden Betrieb herzugeben. Solche Fälle sind sicherlich Ausnahmen, und doch sind sie bezeichnend für eine Psychose der Furcht, die wahr-scheinlich mit voller Absicht durch die Betriebsleitungen verursacht und genährt wird.

So wenig rein menschlich und gewerkschaftlich die Passivität der einzelnen gegenüber der herrschenden Unfreiheit in den Betrieben und ihren Auswüchsen imponieren kann, so sehr ist es Aufgabe der Gewerkschaften, diese Dinge nicht nach Belieben laufen zu lassen. Es darf nicht übersehen werden, daß die Entstehung der betrieblichen Unfreiheit in engem Zusammenhang steht mit den allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Manches ein Antreiber würde sich mit seinem Verhalten nur Ohrfeigen holen, gäbe es nicht die katastrophale Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften bekämpfen die gekennzeichneten Erscheinungen und ihre Ursachen mit aller Schärfe; das sei anerkannt. Daß dieser Bekämpfung Grenzen gezogen sind, liegt in der Natur der Sache. Der Verband kann einen Kollegen, der sich gegen Provokationen auf-lehnt hat und deshalb entlassen wurde, mit aller Leidenschaft und mit allen erlaubten Mitteln in Schutz nehmen, er ist zur Untätigkeit verdammt, wo man sich widerstandslos der unwürdigen Willkür beugt. Der Verband kann tarifliche Arbeitsbedingungen erzwingen, wenn er dazu beauftragt wird, oder wenn er überhaupt von unantastbaren Verhältnissen etwas erfährt; er kann und wird nichts unternehmen, wenn ihm vorgeschwin-delt wird, es sei alles in Ordnung. Für den Verband können und werden die geschilderten betrieblichen Ver-hältnisse bestimmend sein für die Festlegung bestimmter tarifpolitischer und sozialpolitischer Richtlinien. Der Verband kann in dieser Zeitung und in seinen Ver-sammlungen die Kollegenschaft über die gefährlichen Auswirkungen der herrschenden Unfreiheit in den Be-trieben aufklären, der Kollegenschaft sagen, was sie dagegen zu tun hat, und sie auffordern, keine Schikane, keine Provokation, keine Maßregelung ohne schärfsten Widerstand hinzunehmen. Der Verband kann bei diesem Widerstand alle erdenkliche Hilfe leisten. Der Verband kann mehr, er ist eine Macht geworden. Eines aber kann der Verband nicht: jedem einzelnen unter uns die Pflicht zur geistigen Rebellion gegen Unfreiheit und Knechtschaft abnehmen.

Hier muß sich jeder einzelne selbst entscheiden. In jedem von uns muß der Wille lebendig sein, das Rück-grat steifzuhalten. Aber der einzelne soll nicht ver-einsamt stehen. Er muß wissen, daß seine Gesinnung von seinen Mitarbeitern geteilt, daß seine Haltung von ihnen verteidigt wird. Auch in offenen Konflikten. Wenn darum einmal ein aufrechter Kollege Anfein-geleitet oder sonstige Akte der Willkür mit ungewöhnlichen Mitteln beantwortet hat, dann sollen ihn seine Mit-arbeiter schützen in der Erkenntnis, daß er nicht nur seine persönliche Ehre, seinen persönlichen Mannesstolz verteidigt hat, sondern daß er ein System angegriffen hat, unter dem wir alle leiden. Die Einigkeit und die Energie der Belegschaften vermag vieles, was mancher nicht mehr für möglich hält. Zwar haben sich gegenüber den ersten Nachkriegsjahren die Machtverhältnisse ge-wandelt. Die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus ist gewachsen, und sein politischer Einfluß ist nicht zuletzt durch Teile der Arbeiterknechtschaft, die ihr politisches Wahr-recht in trügerischer Verkennung ihrer natürlichen Inter-essen und Ideale zugunsten der reaktionären Klassen mißbraucht haben, in bedrohlichem Maße gestiegen. Und dennoch sind wir stark genug, die Unfreiheit aus den Betrieben zu bannen. Es ist noch gar nicht so lange

her, da ereignete sich in einem großen Betriebe ein lehrreicher Vorfall. In diesem Betrieb herrschte durch die Schuld des Betriebsleiters eine Antreiberei und eine Tonart gegenüber der Kollegenschaft, eine An-schwärzerei und Intrigenspinnerei, daß sich mit Recht die Belegschaften anderer Betriebe beinahe darüber lustig machten. Wer bei dieser Firma arbeitete, wurde von seinen Kollegen aus anderen Betrieben wegen der schlappschwänzigen Haltung der dortigen Belegschaft verspottet. Und siehe da: eines Tages war das Maß voll und da erklärte die betreffende Belegschaft einmütig und unnahgiebig, daß entweder der Betriebsleiter verschwinden müsse oder der Betrieb würde stillliegen, bis die Maschinen verrosteten. Das war ein Akt der Verzweiflung, und manch einer wird mit allerlei rechtlichen Bedenken und Einwänden kommen. Aber diese Methode hat grünlich geblieben. Die Belegschaft hat Ruhe und atmet freier. Das war ein Akt der Verzweiflung; ganz recht. Aber auch ein Akt der Solidarität. Die Belegschaft hatte endlich wieder gemein-sam denken und handeln ge-lernt. Und das ist es, was vielerorts fehlt. Weil das vielfach fehlt, deshalb fühlen sich die einzelnen ohn-mächtig und beugen sich. In der gemeinschaftlichen Auf-lehnung gewinnen sie ihre ehemalige Stärke und ihr ehemaliges Selbstbewußtsein wieder und ringen den Betriebsleitungen die Achtung vor Menschenwürde und Aufrichtigkeit der Haltung ab, die der Verband für seine Tarifpolitik, die arbeitende Klasse für ihre Gesamtpolitik unbedingt braucht. Knechten diktiert man die Gesetze des Handels, freien und stolzen Arbeitern muß man Konzessionen machen. Jeder einzelne von uns ist ein Glied der arbeitenden Klasse, und jeder ein-zelne ist ein wichtiges Glied des Verbandes. Wir ins-gesamt sind der Verband, wir, die Kollegenschaft in den Betrieben. Die Männer unseres Vertrauens sind zweifellos tüchtige Kollegen, aber sie können nicht zaubern, d. h. sie können keine Kämpfer in die tarif-lichen und sozialen Schlachten führen, wenn in den Be-trieben Knechte stehen.

Lernt in den Betrieben wieder gemeinsam denken, handelt gemeinsam, rebelliert unerschrocken gegen jeden Vorfall, der euren gebundenen Stolz verletzt, und seid un-nachgiebig im Willen, dann wird manche Klage ver-stummen, und ihr könnt wieder in freier Luft als freier Arbeiter atmen.

Berufsschulen für Angelernte

Es handelt sich hier um eine Frage von großer Be-deutung für alle ungelerneten Arbeiter. Die Einrichtung von Berufsschulen für Angelernte ist umstritten, auch viele Arbeiter halten sie für überflüssig. Aber man überlegt hierbei, daß die fortlaufende Technisierung und Rationalisierung an jede Berufsschicht, auch an die Angelernten, ein wachsendes Können und Wissen stellt, auch eine gute Allgemeinbildung erfordert. Ge-rade bei den Angelernten kommt es darauf an, daß sie sich schnell umstellen und den neuen Erfordernissen an-passen können. Es ist durchaus nicht so, daß der Un-gelernte als fünftes Rad am Wagen im Betriebe neben den Arbeitern herläuft. In jedem Berufe hat sich heute eine Fülle von Arbeit von dem beruflich ausgebildeten Gelehrten abgefordert, für die der Angelernte heran-gezogen wird, der sozusagen eine Hilfsstellung zu dem Gelehrten einnimmt. Im Druckgewerbe kommt man ohne den Hilfsarbeiter gar nicht aus, in der Metall-warenherstellung ist der Bohrer ein so wichtiger Beruf, daß man auf ihn nicht verzichten kann, unter den Fabrikarbeitern gibt es hochqualifizierte Kräfte. In allen Gewerben haben sich im Laufe der Zeit abseits von der dem Gelehrten zufallenden Facharbeit gewisse Berufe herausgebildet, für die man nur den ungelern-eten, aber in diesem speziellen Berufsfach gut ausge-bildeten Hilfsarbeiter gebrauchen kann. Solche Kräfte sind gesucht und sind auch tariflich zumeist höher ein-

gestuft. Der ungelernete Arbeiter hat daher eine ebenso wichtige Aufgabe zu erledigen.

Aber es wird gesagt, daß gegen die Einrichtung von Berufsschulen für Angelernte nichts einzuwenden sei, nur weiß man nicht, was man die Schüler lehren soll. Es gibt etwa 70 bis 80 verschiedene ungelernete Berufe, für jeden einzelnen speziellen Berufszweig eine Berufsschule einzurichten und zu unterhalten, wird zu teuer, auch dürfte die Schülerzahl oft sehr klein und nicht ausreichend sein. Zudem kommt der häufige schnelle Arbeitswechsel bei den Angelernten, der oft mit einer Umstellung auf eine andere berufliche Tätigkeit verbunden ist. Im großen und ganzen aber bleibt doch jeder immer in seinem Fach, der Bohrer sucht sich wieder Bohrarbeit, der graphische Hilfsarbeiter trachtet, wieder in seinem Fach unterzukommen, und der Zementarbeiter oder der ungelernete Textilarbeiter nimmt auch nur in Notfällen einen Berufswechsel vor. Auch sind lokale Einflüsse dabei in starkem Maße ausschlaggebend, so daß in Gegenden mit starker Metallindustrie die ungelerneten Metallarbeiter überwiegen, in Chemnitz und Plauen die ungelerneten Textilarbeiter. Berlin hat wieder eine hohe Zahl von graphischen Hilfsarbeitern.

Möglich wäre es, in solchen Gebieten mit einem stark vorübergehenden Industriezweig Berufsschulen für Angelernte einzurichten, die diesen Erwerbszweig in ihrem Unterrichtsplan besonders berücksichtigen. Beispielsweise in Berlin eine Berufsschule für graphische Hilfsarbeiter und eine für ungelernete und angelernte Metallarbeiter, im Ruhrgebiet eine oder mehrere für Bergarbeiter, in Hannover für Fabrikarbeiter, in Hamburg für Hafenarbeiter, in Chemnitz für Textilarbeiter usw. Möglich wäre die Schaffung solcher Berufsschulen für Angelernte, doch darf hierbei nicht übersehen werden, daß dies eine Benachteiligung anderer Gebiete zur Folge hat, die infolge ihrer industriellen Lage beruflich stark gemittelt sind, und die unter solchen Umständen auf die Berufsschule für Angelernte verzichten müßten.

Die gangbarste Lösung der Frage ist darin zu erblicken, daß in diesen Berufsschulen auf Allgemeinbildung der größere Wert gelegt wird. Dabei sind die allgemein technischen Fragen in weitgehendem Maße zu berücksichtigen. Alle Berufsschulunterrichtsfächer, wie Rechnen, Deutsch und Schreiben, sind nicht nötig, da diese ja in der neuen Unterrichtsfächern Ergänzung finden und theoretisch nichts Neues dazu kommt. Der Lehrer soll grundsätzlich alle Unterrichtsfächer beherrschen und die Schüler dauernd unterrichten, um sie dabei besser kennenzulernen, als dieses bei ständlichem Wechsel der Schüler möglich ist. Der Mangel an sozialer Bildung und die geschäftlich-begründete Einstellung der Gesellschaft zu der Arbeit des Angelernten ist das Niederdrückende. Um dieses auszugleichen, muß versucht werden, innerhalb der Berufsschule möglichst alle Arten praktischer Arbeit anzubringen. Die Werkkunde ist eines der besten Mittel zur Arbeitserziehung. Die Gemeinschaftsstunde als Unterrichtsfach sollte eine wesentliche Erweiterung der Staatskunde sein, d. h. es soll in der Gemeinschaftsstunde neben der eigentlichen Staatsbürgerkunde auch Sozialwissenschaft und Volkswirtschaft berücksichtigt werden. Die Gemeinschaftserziehung muß die Berufsschule mit übernehmen. Grundsätzlich ist der Angelernte gleich den Gelehrten in der Gesamterziehungsaufgabe der Berufsschule einzugliedern. Selbstverständlich muß die Schulzeit bezahlet werden, einen Lohnausfall kann der Angelernte bei seinem Einkommen nicht ertragen. Auf jeden Fall handelt es sich hier um eine Frage, die unsere vollste Aufmerksamkeit beansprucht.

Was soll ein Schleifer vom Druck wissen?

Von Willi Hesse.

„Stein- und Zinkschleifer sofort gesucht. Meldungen von Angebliten zwecklos!“

So stand eines Tages in der Tagespresse zu lesen. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird wissen, was dieses Inserat für die Kollegen vom Schleifsteifisch und von der Schüttelmaschine bedeutet. Während man das Fach, das ein Spezialfach der Hilfsarbeiter ist, gewöhnlich geringfügig anspricht, legt der Arbeitgeber verhältnismäßig viel Wert auf — geschulte Arbeitskräfte in diesem Fach. Der Widerspruch, der sich hierbei oft sehr stark bemerkbar macht, bezweckt fast ausschließlich — den Lohn so niedrig als möglich zu halten, gleichzeitig aber gutgeschulte Spezialarbeiter zu erlangen! — In den Großdruckereien kommen die Schleifer gewöhnlich nicht viel mit dem ganzen Wesen des Stein- oder Offsetdrucks in Berührung; ihr Gebiet ist der Schleifraum. Anders liegen die Verhältnisse in kleineren Druckereien, woselbst mitunter der Kollege bei der Hand- und Schnellpresse Dienste leisten muß. Er hat hierbei reichlich Gelegenheit, sich Fachkenntnisse anzueignen, die ihm für seine Schleifertätigkeit sehr von Nutzen sind.

Es soll nun einmal das Wesen des Steindrucks für den Kollegen verständlicher geschildert werden, ohne daß er dabei gleich zum — Steinrunder avanciert.

Als Erfinder des Steindrucks ist Alois Senefelder weltberühmt geworden. Er hatte, so wird erzählt, einmal eine kurze Notiz in Ermangelung von etwas Papier auf einem flachen Stein, der ihm als Beschwerverdiente, gezeichnet. Als er einige Tage danach diese Schrift vom Stein wieder entfernen wollte, stellte es sich heraus, daß es einfach unmöglich war. Dies führte zu Versuchen, aus denen später sich dann der Steinruck bis zu seiner heutigen Entwicklung entfaltete.

Alois Senefelder hatte nämlich die Notiz mit einer fetthaltigen Tusch gezeichnet, und da alles Gestein porös ist, saugte der Stein das Fett in sich so stark auf, daß erst eine Entfernung der Zeichnung durch scharfes Abreiben mit Sand möglich wurde.

Die Lithographiesteine sind in hohem Maße porös und saugen sowohl Wasser als auch Fett auf. Fett und Wasser binden (vereinigen) sich aber nicht auf einem Stein, sondern stoßen sich gegenseitig ab. Daher muß der Lithograph (Steinzeichner) seine Arbeiten auf wasserfreiem Stein auftragen. Dem Schleifer fällt das erste Werk zu! Er muß den neuen, ungebrauchten Stein sorgfältig herrichtend durch Planschleifen, rissfrei machen, ihn wohl auch polieren, wenn er nicht gargeföhrt werden muß. Da der Stein immer als „naß“ bezeichnet wird, wenn er auch mit der Windsahne getrocknet wird, so läßt der Lithograph solche Steine erst lufttrocken werden, d. h. die Steine werden einige Stunden, ja mehrere Tage hindurch unberührt stehen gelassen. Der Zweck ist dann erreicht, da die fetthaltige Tusch (chinesische Tusch) sich fester und tiefer setzen kann. Vom Lithographen geht der Stein gewöhnlich dann zum Umrunder. Dieser pudert den Stein dann mit gestohlenen Kolophonium, Taktum und brennt ihn wohl gleich flüchtig ab, worauf das Pudern mit Taktum wiederholt wird, und dann wird der Stein geöhrt. Die Ätze besteht aus Gummiarabikum und Salpetersäure. Das Ätzen bewirkt, die Zeichnung auf dem Stein etwas zu erhöhen und sie gewissermaßen zu säubern. Je länger und je stärker dies geschieht, um so höher tritt die Zeichnung hervor (Hochäpverfahren!). Danach wird der Stein gewaschen, und zwar sorgfältig von der Ätze befreit, gummiert und getrocknet. Jetzt ist der Stein fertig um zum Abzugmacher überzugehen! Abzugmacher sind diejenigen Drucker, die nur Abzüge für den Umrunder herstellen. In Großdruckereien gliedert sich des Steinrunderes Tätigkeit nämlich in mehrere Fächer, die als Spezialfächer angesehen werden. Da ist neben dem Abzugmacher noch der Umrunder, der Fertigmacher, der Umrunder, der Aufsteher und Maschinenmeister. Ihnen zur Hand steht der Korrektureilithograph (Korrekturschuster geheißene) — Da gewöhnlich der Aufsteher einer Druckfahse, z. B. eines Eilettes, mehrere tausend Stück verlangt und diese Herstellung viel Zeit in Anspruch nehmen würde, macht der Abzugmacher in der Regel zehn bis zwanzig Abzüge vom Originalstein. Zu diesem Zweck wird der Stein mit der Zeichnung von der Gummischicht gereinigt und die Zeichnung, die der erste Drucker vorher mit Federfarbe eingewalzt hatte, ausgewaschen. Dies geschieht mit Terpentinöl oder -essig unter Zugabe von Wasser. Von allen Resten dieser Auswaschung gereinigt, wird der stets feucht gehaltene Stein nun mit Umrunderfarbe eingewalzt, und der Abzugmacher macht Umrunderabzüge. Diese werden auf Umrunderpapier, das eigens für diesen Zweck hergestellt wird und sehr teuer ist, hergestellt. Um die fertigen Abzüge sauberzuhalten, legt man sie zwischen Papier. Vom Umrunder wandern diese zum Aufsteher. Dieser heftet die Umrunderabzüge in erforderlicher Zahl auf den eigens für diese Arbeit hergerichteten Karton (Aufstehtarton).

Der Aufsteher übergibt den Karton dann dem Umrunder, welcher einen vom Schleifer hergerichteten Maschinenstein damit belegt. Dieser Stein wird gewöhnlich von den Druckern nochmals flüchtig geschliffen, um etwaigen Schmutz, der beim Transport entstand, zu entfernen und der leicht gefeuchtete Stein bekommt jetzt den Aufstehtarton aufgelegt, so daß die Umrunderabzüge direkt auf der Steinfläche liegen. Das Anfeuchten geschieht, um das Umrunderpapier auf den Stein zu legen; der Aufsteher hat nämlich den Karton mit Kolophonium gepudert, um damit das Umrunderpapier leicht festzuhalten.

Ist der Karton richtig gelegt, kommt noch ein Schutzkarton darauf und dann das Gleitblech oder Leberpappe. Der Steinrunder spannt hierauf den Reiberarm über das Blech und läßt einmal unter leichtem Druck den Stein durchlaufen, bei der zweiten Durchfahrt wird der Druck des Reibers aber bedeutend verstärkt. Hierauf wird der Aufstehtarton abgehoben. Dann wird erst mit dem Feuchtmittel begonnen und dies etwa drei- bis viermal wiederholt, wobei nach jeder Feuchtung der Stein unter kräftigem Reiberdruck zweis- bis dreimal durchlaufen muß. Durch das Feuchten wird die Umrunderfarbe vom Papier abgehoben, und der Stein hält sie nun fester, da er ja ganz schnell nach der ersten Feuchtung trocknet. Wenn der Stein zum letztenmal unter den Reiber läuft, wird der Druck bedeutend verringert, weil sonst das Umrunderpapier abgequetscht werden könnte. Am das Papier vom Stein zu ent-

fernen, wird jetzt reichlich Wasser darauf gebracht, und es ist nach wenigen Minuten mühelos zu entfernen. Der Stein wird sauber gewaschen, getrocknet und auf Zehler in der Zeichnung untersucht. Die Zehler werden sofort beseitigt, und der Stein wird eingewalzt. Dazu wird wieder Federfarbe benutzt. Ist der Stein genügend mit Farbe gesättigt, wird er nochmals auf Zehler in der Zeichnung untersucht, und nachdem diese beseitigt sind, wird der Stein wieder wie der Originalstein behandelt: mit Kolophonium gepudert, Taktum nachgewöhrt, gebrannt und geöhrt.

Es kommt aber hierbei noch etwas anderes vor. Der Stein wird ausgewaschen, wieder mit Federfarbe eingewalzt und alles Überflüssige von Zeichen durch Korrekturstifte entfernt. Tusch deckt noch restliche Zehler in der Zeichnung, und vom Fertigmacher wandert der Stein zum Maschinenmeister. Dieser übernimmt dann die Herstellung der Auflage. Bei Mehrfarbendruck hat der Umrunder vom ersten Einwalzen einen Abzug zurückgehalten und dem Aufsteher übergeben, der nun seinerseits ein richtiges Passen der nachfolgenden Umrunderabzüge erzielen kann. Ist der Maschinenmeister mit der Auflage fertig, so wandert der Stein zum Schleifer, der nun seinerseits dafür sorgen muß, daß der Stein bald wieder für einen anderen Druck gebrauchsfertig ist. Je sorgfältiger diese Arbeit vom Schleifer ausgeführt wird, um so mehr erleichtert er den Druckern die gesamten Arbeiten.

Das oben Gesagte gilt auch für den Kollegen an der Schüttelmaschine in weit größerem Maßstab als bei dem Steinschleifer. Weshalb nirgends wird dem Schleifer soviel Verantwortung auferlegt, als gerade bei seiner Tätigkeit als Zinkschleifer.

Das gesamte Wesen des Zinkdrucks ist mit dem Steinruck innig verwandt. Auch hier ist Feuchtmittel üblich (im Gegensatz zum Buchdruck, der „trockener“ ist). Eigentümlich ist bei dem Zinkdruck der Umstand, daß die Zeichnung nicht wie beim Steinruck verkehrt (spiegelschriftartig) zu liegen hat, sondern gleich ein richtiges Bild vorliegt und auch auf der Zinkplatte so zu liegen kommt. Erst das Gummituch übernimmt die Zeichnung verkehrt von der Zinkplatte ab, um sie auf das Druckpapier zu übertragen. Die Entstehung des Zinkdrucks soll auf einen Zufall zurückzuführen sein. Ein Schnellpressenzylinder, der ohne Papier über den Stein lief, bedruckte hinterher auf einem nachfolgenden Bogen sehr klar die Rückseite. Dies führte zu verschiedenen Versuchen, aus denen der Offsetdruck hervorging.

Für jeden Zinkschleifer ist es besonders wichtig, individuell arbeiten zu können; denn das Geheimnis des Erfolges bei dem Zinkdruck liegt ausschließlich in der Rauheit der Platten und der Auftragswalzen! Demzufolge wird vom Zinkschleifer mehr verlangt als vom Steinschleifer. Wertwürdigerweise fehlt es gerade hier am rechten Verständnis und Zusammenarbeiten der Drucker selber! Sowohl der Umrunder als auch der Maschinenmeister hat seine besonderen Wünsche für den Körnprozeß. Da ist es für den Zinkschleifer oft schwierig, jedem gerecht zu werden! Nicht die Wünsche der Drucker, sondern die Art der Zeichnung gibt den Ausschlag!

In allen besseren Druckereien wird individuell gefördert. Für seine Merkantilarbeiten nimmt man naturgemäß auch feines Korn, während für feinstes Korn aber noch Tourenzahl der Maschine und Kaliber der Schleifzylinder entsprechend mitbestimmend wirken, sind für größere Zeichnung auch die Verhältnisse entsprechend umgekehrt. Für die feinste Körnung sind die leichtesten Augen und etwa 140 bis 180 Umdrehungen pro Minute empfehlenswert, während für das grobe Korn nur die schwersten Augen und die höchste Tourenzahl (180 bis 200) angebracht sind. Da sich im großen und ganzen der Offsetdruckprozeß mit dem des Steindrucks gleicht, wird der Kollege wohl genügend sich informieren haben können.

Allerdings erfordert es mehrere Jahre, bis sich ein Schleifer tatsächlich soweit eingearbeitet hat, um mit Fug und Recht sich als Spezialfacharbeiter der Hilfsarbeiterchaft auszubilden und den gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Man überlege: Meldungen von Angebliten... Dies sagt doch hier mehr als genug!

Bericht des IOB. an den Stockholmer Kongress.

Der dem Stockholmer Kongress vorzulegende Tätigkeitsbericht des IOB. über die Jahre 1927—1929 vermittelte eine gute Übersicht über die zahlreichen und vielfältigen Bemühungen des IOB. auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes.

Wenn man berücksichtigt, daß sich in den drei verfloffenen Jahren die Wirtschaftslage aller Länder dauernd verschlechterte, so ist es erfreulich, daß der IOB. seinen Mitgliederbestand nicht nur halten, sondern einige Hunderttausende vergrößern konnte. Das gleiche gilt für die Internationalen Berufssekretariate. Sowohl der Internationale Gewerkschaftsbund als auch die Internationalen Berufssekretariate umfassen mehr

als 13 Millionen Mitglieder. Weiter sind dem IGB drei neue Landeszentralen beigetreten: der griechische Gewerkschaftsbund, die estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südwestsafrika.

Erste Anstrengungen wurden in der Berichtsperiode gemacht, um mit nichtangeflossenen Organisationen und Landeszentralen in Beziehung zu kommen. In einem ausführlichen Kapitel sind diese Bemühungen geschildert, die sich nicht nur auf die einzelnen noch nicht angeflossenen Landeszentralen in Europa beschränkten, sondern sich auf die Länder aller Weltteile ausdehnten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie zum Panamerikanischen Gewerkschaftsbund gewidmet. Wenn die Anschließbestrebungen des IGB nicht den gewünschten Erfolg hatten, so ist ein wichtiger Grund hierfür der (wie dies auch der Bericht klar hervorhebt), daß der IGB nur Landeszentralen aufnehmen kann, während sich in den meisten der außereuropäischen Weltteile eine zentralisierte freie Gewerkschaftsbewegung erst langsam zu entwickeln beginnt.

Die Beziehungen zu den Internationalen Berufssekretariaten (I.B.S.) waren ausgezeichnet. Die vom IGB festgelegte Politik bezüglich des Beitritts russischer Organisationen zu den I.B.S. wurde voll und ganz eingehalten. Überhaupt läßt der Tätigkeitsbericht deutlich erkennen, daß der Einfluß Moskaus in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen ist, und daß, wenn die Angriffe der Russen auch nicht völlig aufgehört haben, sie doch aufgehört haben, Eindruck zu machen.

Die Abschnitte über die Sozialgesetzgebung und die Wirtschaftsprüfung stellen eingehend die Bemühungen des IGB dar, seinen Einfluß sowohl auf sozialpolitischen als auch wirtschaftlichem Gebiete zu vergrößern und besonders auf den Internationalen Arbeitskonferenzen die Interessen der Arbeiter stärker zur Anerkennung zu bringen. Die Behandlung eines internationalen sozialpolitischen Programms sowie eines internationalen Wirtschaftsprogramms auf dem Stockholmer Kongress ist ein Beweis dafür, wie große Bedeutung der IGB diesen beiden Fragen beimißt, und wie stark er bestrebt ist, auf diesen für die Arbeiterklasse wichtigsten Gebieten eine einheitliche internationale Politik herbeizuführen.

Auch der Jugendbildungsarbeit und den Arbeiterinnenfragen widmete der IGB seine Aufmerksamkeit. Ernsthaft setzte er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen und der Lage der Arbeiterinnen ein.

In der Berichtsperiode wurden zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben, die in allen Weltteilen Verbreitung fanden. Weiter stellte der IGB eine Reihe von Erhebungen an, die vor allem einen interessanten und nützlichen Meinungsaustausch zwischen den Organisationen der angeschlossenen Länder ermöglichten.

Dem eigentlichen Tätigkeitsbericht ist ein Anhang mit ausführlichen Berichten der Landeszentralen und Berufssekretariate über die Jahre 1927—1928 beigefügt. Der Tätigkeitsbericht des IGB gibt ein klares Bild des Standes der internationalen Gewerkschaftsbewegung und kann als wertvoller Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Das sind Rechentänzer!

Es ist ein wahrer Segen, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Kollegen sich gewerkschaftlich gefühlt genug ist, um die wirkliche Bedeutung des Verbandes richtig einzuschätzen. Denn wäre das nicht der Fall, könnte man sehr leicht die Liebe zur Sache verlieren. Leider gibt es unter uns auch solche und solche.

Kürzlich wurde in einem Betrieb eine Kollegin für vier Wochen zur Ausschilfe eingestellt, und als sie aufgefordert wurde, Verbandsbeiträge zu bezahlen, gab sie darauf die geradezu klassische Antwort: „Ja, was hat das denn für einen Zweck? Unterstützung kriegt ich nachher ja doch nicht; also habe ich doch gar nichts vom Verband!“ Nun muß allerdings bemerkt werden, daß sie nur deshalb eingestellt wurde, weil die organisierte Kollegenschaft sich weigerte, Überstunden zu machen und statt dessen die Einstellung von Arbeitslosen verlangte. Und ferner, daß die betreffende Kollegin erst kurz vorher ihren Anspruch auf die Verbandsunterstützung völlig schöpft hatte. Daß sie zudem den tariflichen Lohn erhielt, schien sie ausschließlich dem guten Willen des Betriebsinhabers zuzuschreiben. Also: was hatte sie schon vom Verband?

Nicht viel anders trug sich die Sache mit einer anderen Kollegin zu, die auch der Meinung war, daß man in Ausschilfstellungen doch die Verbandsbeiträge „sparen“ kann, weil man ja hinterher doch nicht sofort unterstützungsberechtigt ist. Als sie dann jedoch darauf aufmerksam wurde, daß sie nicht den tariflichen Lohn erhielt und sich dieserhalb an den Vertrauensmann wendete, meinte der ziemlich gelassen: „Ach was! Für die paar Wochen?“, und hatte seine stille Freude an einem langen Gesicht.

Fürsprache

Für den arbeitslosen Kollegen ist es natürlich weitaus wichtiger, so bald wie möglich Arbeit wieder zu bekommen, als sich mit der ewigen Frage zu beschäftigen, wie das tägliche Ernährungsproblem zu lösen ist. Ich selbst habe bei meinen Bemühungen um Arbeit vielleicht ungewöhnliches persönliches Pech gehabt. Ungeduldet dessen muß ich die reiche und vielseitige Hilfe anerkennen, die mir durch den Verband bei meinem Bemühen um Arbeit zuteil geworden ist. Mancher einer hat diese Hilfe wohl schon genossen, ohne jedoch zu erkennen, daß sie direkt oder indirekt vom Verband geleistet wurde. Wenn verbande ich z. B. die Chance, eine Arbeitsstelle zu bekommen, wenn mir der Kollege Soundso mittelst, in einem bestimmten Betriebe werde eine Arbeitskraft benötigt? Der Kollege Soundso teilt mir das doch nur mit, weil ich gleich ihm Verbandsmitglied bin. Das Gleiche gilt für eventuelle Fürsprache. Dabei werde ich indes an ein Kapitel erinnert, das sicherlich zu den übelsten Kapiteln der Solidarität unter Verbandskollegen gehört. Es ist eine Tatsache, daß in der Provinz durchweg kaum noch Arbeit zu bekommen ist, wenn man nicht irgendeine Fürsprache findet. Wer über diese nicht verfügt, kann höchstens nochmal in einen gewerblichen Betrieb hineinkommen, wenn er vom Arbeitsamt auf Anforderung überwiesen wird. Im anderen Falle soll er sich „begabten lassen“. Denn wenn irgendwo etwas frei wird, sind bei vielen Betriebsleitungen schon zahlreiche Anwärter vorgemeldet, die einen guten Verwandten oder Bekannten im Betriebe stehen haben. Wägen diese Anwärter, die die besten Aussichten in jedem Falle haben, auch ohne jede beruflichen Kenntnisse sein, sie werden warm empfohlen und haben in der Regel den Vorzug gegenüber den beruflich vorgehenden Kollegen. Es ist eine traurige Wahrheit, daß durch diese Fürsprachenwirtschaft erfahrene Kollegen, die sich auch ihrer kollegialen Pflichten bewußt sind, arbeitslos bleiben oder in andere Berufe abwandern, während unerfahrene Kräfte aus fremden Berufen offene Stellen im Gewerbe besetzen. Für jeden organisierten Kollegen müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß zunächst einmal die eigenen Kollegen, die ja in der Regel durch Arbeitsmangel gezwungen waren, ihre Arbeitsstellen zu verlassen, wieder in die Betriebe hineinkommen. Wer trotzdem berufsfernde Bekannte oder Verwandte „unterbringt“, muß es sich gefallen lassen, wenn er von seinen arbeitslosen Kollegen als Schädling betrachtet wird. Gegenseitige Hilfe in der Verwandtschaft oder Bekantschaft ist ganz gut, sie darf aber nicht dahin führen, daß man sich in übermäßigem Egoismus über die Gebote der Anständigkeit gegenüber seinen Berufscollegen hinwegsetzt. Gewerkschaftlich gesehen ist diese Fürsprachenwirtschaft übrigens so schädlich, daß sie von unserer Seite aus, wo das möglich ist, mit größter Strenge unterbunden werden muß.

Die Gesundheit der Frau ist das beste Kapital

Die gewaltigen Arbeitsleistungen, die die Frauen vollbringen, werden in der Regel viel zuwenig beachtet. Die Tätigkeit der Hausfrau z. B. wird ziemlich gering eingeschätzt. Doch beruht letzten Endes auf dieser stetigen Arbeitsleistung die Gesundheit der Familie und die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Der Beschäftigungsgrad der Frauen hat nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Nicht weniger als 4,5 Millionen Frauen finden in Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk Beschäftigung. Teilweise sind die Verhältnisse so, daß der Ehemann erwerbslos ist, und daß die Frau und Mutter neben ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie erwerben muß. Der bekannte Universitätsprofessor Dr. R. Liepmann und Direktor des Instituts für Frauentumde macht in Nr. 5 der Zeitschrift „Gesundheit“ auf den Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Frauengesundheit aufmerksam. Der Überanstrengung des weiblichen Körpers muß durch gesundheitsliche Maßnahmen entgegen gewirkt werden. Zunächst muß die schwangere Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesetzgebung erhalten.

Diese Pflicht kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitslosen Schutzfrist vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Denn andernfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Minderung ihrer karglichen Existenz nicht ertragen wollen und dadurch, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum äußersten Zeitpunkt weitersehen.

Bei steigender Beschäftigung sollen die Frauen anstatt der Pantoffel bequeme Schuhe, ähnlich unseren Sportschuhen, mit Hacken tragen, um Plattfußbildung zu vermeiden. Bei sitzender Arbeit muß auf die Körperhaltung Wert gelegt werden. Hier leisten die neuen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne gute Dienste. Ebenso wichtig sind bei Arbeiten sitzender Art die Fußstützen. Um eine übermäßige Muskelbeanspruchung zu vermeiden, sollten bei den Frauen alle technischen Fort-

schritte angewandt werden. Bei kalten Fußböden sind Holzsohle zu fordern. Die einseitige Muskelbeanspruchung beim dauernden Stehen oder Sitzen auszugleichen, empfiehlt Kiepmann ferner, in den Pausen sogenannte Ausgleichsübungen vorzunehmen. Am besten ist es, wenn die Pausen — wo irgend möglich — in frischer Luft abgehalten werden. In Zeiten der Menstruation und der Schwangerschaft sollten überall Ruheplätze und Liegeflächen vorhanden sein, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend zu erholen. Die richtige Ausnutzung der Freizeit ist für die Gesundheit der Frau von allergrößter Wichtigkeit. In der Tat handelt es sich hier um ein so kostbares Gut, daß keine Mittel und Kosten gescheut werden müßten, um sie zu erhalten. Die Gewerkschaften waren seit jeher in dieser Beziehung tätig und werden ihre Anstrengungen gemeinsam mit den Krankenkassen fortsetzen.

Der weibliche Anteil am deutschen Volkseinkommen

Die Frauenarbeit ist eine weitverbreitete Erscheinung geworden. Von 21 Millionen Arbeitern und Angestellten entfallen auf das weibliche Geschlecht 29 Prozent. Nimmt man die Gesamtheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, so machen die Frauen ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten aus. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt rund 46 Milliarden. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beläuft sich aber nur auf 8,6 Milliarden oder auf 18 Prozent. Wenn also die Frauen den vierten Teil sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger stellen, so beträgt ihr Anteil an den Gesamteinkommen noch nicht einmal ein Fünftel. Das Gesamteinkommen der weiblichen Angestellten, deren Zahl rund 1,2 Millionen beträgt, wird auf 1,7 Milliarden geschätzt. Das ergibt je Kopf ein Einkommen von 1417 Mark jährlich oder 118 Mark im Durchschnitt je Monat. Man sieht hieraus, wie verhältnismäßig niedrig die weiblichen Angestellten entlohnt werden. Das Problem Männer- und Frauenlöhne ist schon des öfteren behandelt worden. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß die Frauenarbeit geringer zu entlohnen sei als die gleiche Leistung der Männer. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gewährt werden muß. Sie haben sich in dieser Beziehung bisher nur zum Teil durchsetzen können. Der Fiskus von der Minderwertigkeit der Frau als Arbeitskraft ist noch viel zu verwurzelt, als daß hier so rasch eine Änderung eintreten könnte. Gewiß ist richtig, daß ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen den jüngeren Altersstufen angehört. Dadurch wird aber der große Unterschied zwischen dem Einkommen der Männer und der Frauen nicht erklärt. Erklärlicher ist der Minderwertigkeit der Frau dadurch, daß der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten unter den Frauen wesentlich geringer ist als bei ihren männlichen Kollegen. Selbst im Zeitalter der Zwangsarbeitsverträge ist es den Gewerkschaften unmöglich, das Wünschenswerte für die Frauen zu erreichen, wenn der größte Teil derselben jeder gewerkschaftlichen Aktivität abhold ist. Wenn es in dieser Beziehung einmal anders wird, wird auch mehr für die Frauen getan werden können. Das müssen die weiblichen Arbeiter und Angestellten in Rechnung stellen.

Lohn und Miete

Durch die Unternehmerzeitungen geht eine Berechnung, daß eine Erhöhung der Miete um 10 Prozent bei den kleinen Einkommen nur den geringen Satz von 0,95 Prozent des Lohnes ausmacht, bei Jahreseinkommen über 2500 bis 3000 M. nur gar 0,84 Prozent, also von einer Mark Lohn oder Gehalt nicht mal einen ganzen Pfennig. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Notiz als einen ersten Fühler betrachten, der ausgestreckt wird, um zu erkunden, ob gegen eine derartige Erhöhung der Mieten viel Einspruch erhoben wird? Trifft diese Vermutung zu, dann dürfte in nächster Zeit eine Flut solcher und ähnlicher Notizen durch die gesamte Unternehmerpresse und der dazu gehörigen „Generalanzeiger“ gehen, um auf diese Art und Weise einen neuen Raubzug auf die Taschen aller Kleinverdiener vorzubereiten. Darum gilt es, schon den ersten Regungen dieser Art entgegenzutreten. Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, daß die große Masse der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, auch nur den kleinsten Lohnanteil weiter zu opfern, ohne sich diese neue Mehrausgabe vom Munde abzuharben. Warten wir erst einmal ab, bis die Millionen von Arbeitslosen untergebracht und die Millionen von Feierstüchten aufgehört haben! In der heutigen Zeit die schmale Basis des Lohnes für Ernährung und Kleidung noch zu schmälern, wäre ein Verbrechen an der Volksgesundheit und Volksgesamtheit! Wahrscheinlich will man die von der preussischen Regierung genehmigte Erhöhung von 1 Prozent als Anlaß nehmen, eine weitere Erhöhung auf der ganzen Linie eintreten zu lassen.

Die Arbeitslosigkeit bleibt entsetzlich hoch

Es ist sehr interessant, wie das Institut für Konjunkturforschung die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten beurteilt. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich noch keinerlei Anzeichen zur Besserung. Das Institut schreibt in seinem Vierteljahresheft hierzu u. a. folgendes: „Die gegenwärtige Lage bestärkt wieder die Erfahrung, daß der konjunkturelle Umschwung auf dem Arbeitsmarkt sich erst vollzieht, wenn die Wirtschaft bereits geraume Zeit in der Depression verharrt; mit anderen Worten, daß die Schicksalsstunde der Unternehmer in der Krisis, die schwarze Stunde der Arbeiterschaft erst in der Depression schlägt.“

Nach den Untersuchungen des Instituts ist für die nächsten Monate kaum mit einer konjunkturellen Verminderung der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Im Gegenteil ist wahrscheinlich, daß die Arbeitslosigkeit bis in die Sommermonate hinein in ihrem konjunkturellen Verlauf noch weiter steigen wird. Im ganzen ergibt sich, daß die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitslosen im kommenden Sommer kaum unter 2,6 Millionen sinken wird. Für das ganze Jahr 1930 dürfte der Durchschnitt der Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 2,6 Millionen kaum zu hoch gegriffen sein. Die Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung hat mit einem Jahresdurchschnitt von Hauptunterstützungsempfängern zu rechnen, der wohl annähernd die Größenordnung von 2 Millionen erreichen wird.

Das sind sehr pessimistische Voraussagen, zu denen das Konjunkturinstitut nicht gekommen wäre, wenn dafür die Unterlagen nicht vorhanden wären. Und dies, obwohl im Jahre 1930 die Zahl der Erwerbstätigen nur um 15 000 zugenommen, der Angebotsdruck durch Zuwachs der Erwerbstätigen in diesem Jahre sich also gegenüber 1929 um etwa 130 000 und gegenüber 1928 um etwa 320 000 vermindert hat. Die Regierung und die öffentliche Meinung werden sich in diesem Jahre noch sehr oft mit der Arbeitslosigkeit und ihren Wirkungen zu beschäftigen haben. Das Arbeitslosienheer wird immer wieder alle Berechnungen glatt über den Haufen werfen. Ein bedrohlicher Zustand, auf den die Gewerkschaften durch ihre Kundgebung vom 30. Mai sehr deutlich aufmerksam gemacht haben. Es wird allerhöchste Zeit, daß man sich angesichts dieser Zustände zu den höchstmöglichen Maßnahmen zur Verringerung dieser Katastrophe entschließt. Die Arbeiterschaft hat bisher diesem Spiel ruhig zugeesehen. Ob sie es aber auf die Dauer tut, das ist sehr zu bezweifeln.

Profit als Ursache internationaler Gegensätze

In der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das Profitstreben oberstes Prinzip. Mögen daraus auch abgrundtiefe Gegensätze innerhalb der Gesellschaft entstehen, mögen auch die Völker in Klassen gespalten werden, die sich unversöhnlich gegenüberstellen, die herrschende wirtschaftliche Klasse kämpft unter dem Einfluß ihrer ungeheuren wirtschaftlichen Macht für Erhaltung und Vergrößerung ihres Profits.

Dabei beschränken sich die verheerenden Auswirkungen des Profitstrebens keinesfalls auf die Verursachung innerstaatlicher Gegensätze, sondern auch die Beziehungen von Staat zu Staat, von Völkern zu Völkern werden dadurch mit Konfliktsstoffen geladen.

Sehr geistvoll und anschaulich kommt diese Tatsache zum Ausdruck in einem Artikel des bekannten französischen Professors Charles Gide: „Handel und Friede“, den dieser in Nr. 2 der Zeitschrift „Europa-Wirtschaft“ veröffentlicht hat. (Diese seit kurzem erscheinende Zeitschrift behandelt äußerst wichtige Probleme der internationalen Handelspolitik. Sie will ihre Aufgabe darin sehen, über alle in das Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaues Europas fallenden Ereignisse zu unterrichten und auf die Entwicklung im fortschrittlichen, europäischen Sinne einzuwirken. Herausgeber ist der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Wilhelm Grotzopp. Sie erscheint im Verlag von Dr. Walter Rothchild, Berlin-Grunewald.)

Professor Gide schreibt:

„Warum ist der Export das Ziel jeder Handelspolitik? Weil der Export den Profit bringt, der Import aber nur Profit für die Gegenparte bedeutet. Wenn man den Profit aus dem internationalen Handel austrotten könnte, würde sich alles grundlegend ändern. Dann würde der Import zum Zweck werden und der Export nur noch eine Methode der Zahlung sein. Obgleich Export und Import, Verkauf und Kauf zwei untrennbare Seiten derselben Handlung sind, haben sie doch einen verschiedenen Sinn, wie etwa die Frägen auf den beiden Seiten desselben Geldstückes: Hier Lächeln, dort Drohung, hier Frieden, dort Krieg. Der Verkäufer ist häufig lästig, der Käufer ist es niemals. Wir müssen zu dem primitiven Austausch des „do ut des“ zurückkehren — ich

gebe, damit du gibst: das und das erwarde ich von dir, das interessiert mich, das will ich. Es ist zu bedenken, um wieviel die Verhandlungen erleichtert würden, wenn jeder der am grünen Tisch sitzenden Unterhändler nicht mehr schreien würde: Kauft mir Waren ab, kauft, kauft!, sondern fragen würde: Welche Waren können Sie mir preiswert verkaufen? Sehr schnell würde eine Einigung erzielt werden.“

In der Tat reaktieren die weitaus meisten internationalen Gegensätze, die das Zusammenleben der Völker vergiften und Kriegsgefahr hervorrufen, aus dem geschilderten Sachverhalt. Man exportiert um der Profite willen. Man bietet keine Waren an, mit der Absicht, Konkurrenten zu verdrängen. Weil seine Profite gefährdet sind, antwortet der Konkurrent mit allerlei Gegenmaßnahmen, seien es Zölle, Einfuhrverbote, Boykotts oder gar feindselige Maßnahmen zur gewaltsamen Unterbindung der gefährlichen Konkurrenz. Gäbe es keine Profite, so unterbliebe das konkurrierende Anbieten und somit auch die gefährlichen Wirkungen desselben.

Allerdings ist dafür unerlässliche Voraussetzung, daß das Wirtschaftsprinzip des Profitstrebens ersetzt wird durch das Prinzip der Bedarfsdeckung. Mit dem einzelnen Unternehmer ist untrennbar verbunden das Streben, um jeden Preis Profite herauszuschinden. Nur eine sozialistische, planmäßig geleitete Wirtschaft, in der das gierige und struppellose Profitstreben ausgeschaltet ist, vermag die Gefahren der internationalen Konkurrenz um den größten Profit endgültig zu bannen und damit die internationalen Beziehungen der Völker in die fruchtbaren Bahnen einer friedlichen, gereinigten Entwicklung zu lenken.

Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage in unserem Verband. Für Mai haben 158 Zahlstellen über 13 967 männliche, 23 123 weibliche, zusammen 37 090 Mitglieder berichtet. Von diesen waren arbeitslos: 1484 männliche = 10,6 Proz., 4007 weibliche = 17,3 Proz., zusammen 5491 = 14,8 Proz. Vertützt arbeiteten 231 männliche = 1,7 Proz., 878 weibliche = 3,8 Proz. Mitglieder. Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der Arbeitslosen um 135, die der Kurzarbeiter um 523 gesunken. 60 Zahlstellen mit 973 männlichen und 2584 weiblichen Mitgliedern haben die statistische Karte nicht eingeleant.

Beitrags hinterziehungen bei der Sozialversicherung. Es gibt Unternehmer, die so gewissenlos sind, die Beiträge für die Sozialversicherung einfach nicht abzuführen oder für sich zu verwenden. Nach der Reichsstrafrechtsreform erfolgten 1929 wegen derartiger Vergehens 747 Verurteilungen. Im Jahre 1927 waren sogar 3717 Verurteilungen notwendig. Wenn das so weiter geht, dann können die Sozialversicherungszweige ernsthaft in Gefahr kommen. Aus diesem Grunde hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, wonach hiesigen Vergehens erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der Minister erlaubt die Strafverfolgungsbehörden, bei ihren Anträgen zum Strafmaß auf die Höhe der vorenthaltenen Beträge Gewicht zu legen und den Umfang des dem Versicherungsträger zugefügten Schadens zu beachten, der diesem daraus erwächst, daß er seine Leistungspflichten erfüllt, dabei aber in Gefahr kommt, seine Rechte zu verlieren. Diese Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den gewissenlosen Beitrags hinterziehern ist zu begrüßen.

Sprachkurse. Anfang Juli beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzlehre und Sprachlehre; „mir oder nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Dedung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kursteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W. 35, Potsdamer Straße 52.

Arbeitsunlust oder Berufsfronde? Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder zur Berufsfronde führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Mittel werden die Werksvereine empfohlen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlen bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsunlust oder Berufsfronde?“ auszusprechen, dessen nähere Bedingungen im Juliheft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 M. an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeiterschaft auf das Ergebnis dieses Preiswettbewerbes gespannt sein, wenigstens auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfronde?“ eine Rolle spielt.

Die Geiligkeit gegen die freien Gewerkschaften. Im Kampf menschlichen Geistes für den Fortschritt mußte sogar die allmächtige Papstherrschaft des Mittelalters den kürzeren ziehen. Trotz Bannbulle und Autodafé bewegte sich doch die

Erde um die Sonne. Es gibt Dinge auf Erden, gegen die auch die Unbändigkeit des Fanatismus nichts ausrichten kann. Heute sollte es wohl auch keinen Streit mehr darüber geben, daß die freie Gewerkschaftsbewegung wohl belämpft, aber nicht unterdrückt werden kann. Hin und wieder findet sich aber doch ein fanatischer Diener der Kirche, der glaubt, gegen die freien Gewerkschaften antämpfen zu können. In dem Grenzmarkt verurteilt es in Krojante wieder ein katolischer Geistlicher, Herr Sch., von der Kanzel herunter gegen die Religionsindiskretion der freien Gewerkschaften zu wettern und alle Katholiken aufzufordern, in die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Sogar der Reichstahl wurde zu Propagandabüchlein benutzt, indem allen, die Mitglieder einer freien Gewerkschaft sind, so lange die Losprechung verlagert wurde, bis sie in die christliche Gewerkschaft eintreten. Es ist die Frage aufzumerken, ob die christlichen Gewerkschaften so schlecht fundiert sind, daß sie einer solchen Propaganda zur Förderung ihrer Bewegung bedürfen.

Literatur

Susanne Schür: „Die weiblichen Angestellten.“ (Eine Umfrage des Zentralverbandes der Angestellten über die Arbeits- und Lebensverhältnisse.) 48 Seiten, brosch., Buchhandelspreis 1,40 M. pro Stück. Die Broschüre enthält die Ergebnisse einer Umfrage, die der Zentralverband der Angestellten unter 6000 weiblichen Angestellten unternommen hat. Als ein genaues Bild von den tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser so wichtigen Gruppe der berufstätigen Frau zu gewinnen, zu Bedeutung wie an Zahl außerordentlich rasch angewachsen, hat sich die weibliche Angestelltenfrage zu einer typischen Berufsfrage der Frauenerwerbstätigen entwickelt. In die weibliche Angestellte ist heute vor allem in den Städten, zum Teil der modernen berufstätigen Frau geworden. Aber trotzdem die Wirtschaft die Erwerbsarbeit der Frau nicht mehr entbehren kann, beweist geringere als die männliche, so daß die berufstätige Frau unter das Existenzminimum des Mannes gedrückt wird. Sie lebt unter diesen Verhältnissen heute die erwerbstätige Frau. In dieser im Augenblick der unruhigsten Arbeitslosigkeit so wichtigen Frage gibt die Broschüre einen sehr wertvollen und dankenswerten Einblick. An Hand reicher statistischen Materials, illustriert durch zahlreiche Einzelbeispiele, werden Arbeitszeit und Einkommen, Gesundheit und Berufsbildung, Schulung und Beruf und darauf aufbauend die Lebensverhältnisse untersucht. So daß ein unmittelbares lebendiges Bild von der Lage dieser namenlosen „Heimchen des Alltags“ entsteht, das gerade durch die Knappheit und Halbseitigkeit des Berichtes all erschütternd wirkt. Die Broschüre ist mehr als ein interessantes soziologisches Anschauungs- und Lehrmittel, sondern ein wertvolles Hilfsmittel für die Arbeiterbewegung und der Vorkämpfer, mehr als ein Erläuterung des Problems der berufstätigen Frau; sie ist ein Hinweis und ein Aufruf.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den händlichen Beiblättern „Eosoles Wandern“, „Der Zeit“, den Stedebänden und den vierjährig beigegebenen Buchbeilagen. Interessenten heißt der Urania-Verlag in Jena auf Anfordierungen gern kostenlos Probehefte und Prospekte zur Verfügung.



1 Woche Fahrgeld 1 Wochenrate

LINDCAR FAHRRADWERK

Unternehmen der Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen
Auskunft und Bestellungen durch alle
Ortsausschüsse des ADGB.

Am Sonntag, dem 6. Juni, verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Packer
Ernst Hilber
(in Firma Gebrüder Jänecke)
im Alter von 85 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle Hannover.

Abrechnungen
In der Woche vom 9. bis 14. Juni sind die Abrechnungen des ersten Quartals vom Gau V aus Dresden bei der Verbundkasse eingegangen.
Geldsendungen kamen ein aus: Dresden 4526,23 M., Erfurt 2000 M.
Berlin, den 14. Juni 1930. H. Lobaßki.

Für die Woche vom 15. bis 21. Juni ist die Beitragssumme in das 25. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte Charlottenburg Weichselstraße 16. Verleger: Kurt Behrend 1928. — Berlin: O. Lobaßki Charlottenburg, Paul-Lincke-Platz. Buchdruckverlag G. m. b. H. Berlin SW 61. Dreibrüderstraße 6.